

## DIE LINKE vernetzt:



[www.facebook.com/linksfraktion.bremen](http://www.facebook.com/linksfraktion.bremen)



[www.twitter.com/dielinkebremen](http://www.twitter.com/dielinkebremen)



[www.tinyurl.com/bowqz62](http://www.tinyurl.com/bowqz62)



[www.youtube.com/user/LinksfraktionBremen](http://www.youtube.com/user/LinksfraktionBremen)

# **DIE LINKE.**

**Fraktion** in der  
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen

Telefon: 0421 / 20 52 97-0

Telefax: 0421 / 20 52 97-10

E-Mail: [mail@linksfraktion-bremen.de](mailto:mail@linksfraktion-bremen.de)

Web: [www.linksfraktion-bremen.de](http://www.linksfraktion-bremen.de)

V.i.S.d.P.: Michael Horn Foto: © Stephanie Hofschlaeger / Pixelio

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information.

Sie darf nicht zu Parteienwerbung und Wahlkampfzwecken verwendet werden.

# der **rote** roland

Infoblatt der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft

**LINKE beantragt Übernahme  
des Tarifergebnisses auch für  
Bremens Beamtinnen und  
Beamte zeit- sowie wirkungs-  
gleich und fragt nach**

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

Der Senat hat es dem Parlament bestätigt: Die Bremer Beamtinnen und Beamte sollen die Tariferhöhung wenn überhaupt, dann nur zeitverzögert bekommen. So erhalten nur jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die volle Gehaltssteigerung, wenn sie eine Eingruppierung von maximal A9 haben, dann aber erst ab dem 1. Juli 2013 und nicht, wie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für die Angestellten heraus gehandelt hat, schon zum 1. Januar 2013. Die Entgeltgruppen A10 bis A12 erhalten zum 1. Juli 2013 und 1. Januar 2014 nur eine Erhöhung um jeweils ein Prozent, während die Entgeltgruppen ab A13 eine Nullrunde hinnehmen müssen.

„Die meisten der 10.000 BeamtInnen sind keine wohlversorgten ‚Spaziergänger‘, sondern LehrerInnen, PolizistInnen, Feuerwehrkräfte, Rechts- und Verwaltungsangestellte“ meint Kristina Vogt. Die Bürgerschaftsabgeordnete kritisiert, dass gerade Frauen unter dem Sparwillen von SPD und Grünen leiden müssten, da es in den Bereichen A9, 12 und 13 eine hohe Anzahl weiblicher Teilzeitkräfte gäbe.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bremischen Bürgerschaft hält die Ausrede des Senats, man würde beim Kürzen wenigstens ‚sozial gerecht‘ vorgehen, für sehr weit hergeholt. „Was hier passiert, ist schlichtweg die Umlage des Sanierungskurses auf Beschäftigte, die in den letzten Jahren durch Arbeitsverdichtung, Lohnverzicht und Personalmangel ohnehin Dauerzugeständnisse machen mussten. Was soll daran gerecht sein“, fragt sie.

[www.linksfraktion-bremen.de](http://www.linksfraktion-bremen.de)

In keiner der letzten Tarifrunden hatte der Senat das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die BeamtInnen übertragen:

*2007 hatte der Senat die volle Übernahme um fast 2 Jahre verzögert, außerdem erhielten die BeamtInnen nicht die zusätzliche Einmalzahlung.*

*2009 erfolgte die Übernahme zeitgleich, aber der zusätzliche Sockelbetrag von 40 Euro wurde für die BeamtInnen halbiert.*

*2011 erfolgte die Übernahme wieder zeitverzögert, gestaffelt nach Besoldungsgruppe; zusätzlich wurde den BeamtInnen ab Besoldungsgruppe A9 die Einmalzahlung vorenthalten.*

Vogt rechnet vor: „Summiert man die Einbußen auf, dürften es Millionenbeträge sein, die den betroffenen Beschäftigten vorenthalten wurden: gut für den Senat, aber schlecht für die Lehrerin, die am Jahresende mit mehreren hundert Euro weniger nach Hause geht als der Kollege aus dem Umland.“

Nicht alle Bundesländer gehen so mit ihren Bediensteten um. So hat mit Sachsen-Anhalt auch eines der fünf Konsolidierungsländer eine volle Übernahme der Tariferhöhung angekündigt. Hamburg und Niedersachsen, mit denen Bremen regional in unmittelbarem Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte steht, übernehmen die Tariferhöhung ebenfalls voll.

„Im Wettbewerb um beispielsweise Lehrkräfte fällt Bremen damit immer weiter zurück. Es ist nicht weniger als ein Drama, dass der Senat diese Abkopplung Bremens und Bremerhavens wissentlich in Kauf nimmt. Zumal es eine Illusion ist, so den Haushalt sanieren zu können.“

Die Abgeordnete hat nun mit ihren Fraktionskollegen einen Antrag ausgearbeitet, mit dem die Bürgerschaft im kommenden Monat beschließen möge, dass der Senat das Tarifergebnis inhaltsgleich für alle Landesbeamtinnen und Landesbeamten übernimmt und dabei auf Zeitverzögerungen bei der Übernahme des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst verzichtet.



## Senat stiehlt seinen Beamtinnen und Beamten Geld

**Der Senat hat am Mittwoch in der von der LINKEN beantragten Aktuelle Stunde das Ergebnis seiner Haushaltsberatungen bestätigt, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wieder nicht zeit- und wirkungsgleich für alle Beamtinnen und Beamte zu übernehmen.**



Die Tarifsteigerung der Angestellten soll nur für die Entgeltgruppen bis A9 auf die BeamtInnen übertragen werden, und auch dies nur zeitverzögert.

Die Entgeltgruppen A10 bis A12 sollen nur eine minimale Erhöhung erhalten. Für die Entgeltgruppen A13 und höher soll eine vollständige Nullrunde in 2013 und 2014 gelten.

In keiner der letzten Tarifrunden hatte der Senat das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die BeamtInnen übertragen. 2007 hatte der Senat die volle Übernahme um fast 2 Jahre verzögert, außerdem erhielten die BeamtInnen nicht die zusätzliche Einmalzahlung. 2009 erfolgte die Übernahme zeitgleich, aber der zusätzliche Sockelbetrag von 40 Euro wurde für die BeamtInnen halbiert. 2011 erfolgte die Übernahme wieder zeitverzögert.

DIE LINKE will mit einer Anfrage klären, wie hoch die Einsparungen durch die zeitverzögerte Tarifweitergabe und die Vorenthaltung des Tarifabschlusses für höhere Beamtinnen und Beamte für den Senat ausfallen.

Darüber hinaus hat die Linksfraktion einen Antrag eingebracht, mit dem der Senat aufgefordert wird, das Tarifergebnis ohne Zeitverzögerung inhaltsgleich für alle Landesbeamtinnen und Landesbeamten zu übernehmen.

